

BEGLEITTEXT
AUS DER PERSPEKTIVE VON
CHANTAL MOUFFE
VERFASST VON ALINA KAAP

INHALTSVERZEICHNIS

1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT?	1
2. IST UNGLEICHHEIT ALS EIN GEWICHTIGES PROBLEM UND DEFIZIT DER DEMOKRATIE ZU WERTEN?.....	4
3. Sind Quotierungen sinnvoll, um Gleichheitsdefizite auszugleichen?	6
4. Was sind zentrale Gründe für Ungleichheit in (westlichen) Demokratien?	8
5. Wie sollten wir mit Ambiguität und Ambivalenz im Bereich des Politischen bzw. der Gesellschaft umgehen?	10
6. Gibt es Wahrheit? Wie und auf welcher Grundlage kann ich zwischen richtig und falsch unterscheiden?	13
7. Was prägt unsere Sicht auf die Welt bzw. was prägt unseren Urteilsstandort vor allem? Und was gilt es daher im Sinne eines möglichst freien Denkens und Urteilens kritisch in den Blick zu nehmen?	15
8. In Referenz auf die Arbeiten und das Denken von Mouffe: Welche Impulse/Ratschläge lassen sich in Bezug auf politische Urteilsbildung oder ein „Gutes politisches Urteil“ nennen/ableiten? (Was sollte im politischen Urteil berücksichtigt werden? Was wäre nicht gut? Was macht ein gutes politisches Urteil aus?...)	17
Literatur	20

1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT?

„Chantal Mouffes Konfliktmodell: Die Suche nach einer guten Demokratie durch Anerkennung des Politischen und Agonismus“

Zentrale Merkmale einer guten Demokratie sind für Chantal Mouffe vor allem die Anerkennung und der Umgang mit dem, was sie das Politische nennt. Mit diesem Begriff wendet sich Mouffe gegen die von ihr wahrgenommene Annahme, Politik

beruhe heute auf Konsensen der Mitte und spiele sich jenseits von links und rechts ab. Das Politische anzuerkennen, heißt für sie auch zu akzeptieren, dass nicht in jedem Konflikt ein rationaler Konsens erzielt werden kann und soll. Sie fordert vielmehr eine Orientierung am Konflikt, der Gegnerschaft und eine klare Einteilung in Freund und Feind beinhaltet. Durch das Ringen um konfligierende Ideen und Entwürfe und die politische Durchsetzung der so gewonnenen Entscheidungen will sie eine Rückkehr zum Politischen ermöglichen. Mouffe fordert also mehr Streit und Konflikt in demokratischen Systemen – es kommt nur darauf an, wie sie gelebt werden.

Eine „gute Demokratie“ nach Mouffe hat in diesem Zusammenhang verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Voraussetzung des von ihr entworfenen agonistischen Modells ist die Anerkennung des Politischen und darauf aufbauend die Ermöglichung eines streitbaren Diskurses über politische Themen – auch über solche, die bislang als konsensfähig galten. Strittig muss also alles sein, was die Grundwerte von Freiheit und Gleichheit nicht generell in Frage stellt. Eine der Hauptaufgaben von pluralistischen Demokratien besteht nach Mouffe darin, die so entstehenden Antagonismen zu „zähmen“ und in einen so genannten Agonismus zu überführen. Konkret bedeutet dies in etwa, dass politische Streitfragen zwar konflikthaft, aber in demokratisch geregelten Bahnen ausgetragen werden sollen. Dazu benötigt der Agonismus entsprechend ausgestaltete demokratische Institutionen, die sicherstellen, dass ein echter politischer Kampf stattfinden kann. Die sich daraus ergebenden Momentaufnahmen sind nach Mouffe als politische Entscheidungen anzuerkennen und umzusetzen, wodurch sie zu temporären „Hegemonien“ in unterschiedlichen Streitfragen werden.

Das agonistische Demokratiemodell ist dynamisch, weil in der agonistischen Auseinandersetzung alte Hegemonien zerschlagen und neue errichtet werden – es gibt also vorübergehend immer eine Gewinner- und eine Verliererseite.

Legitimität erhalten Entscheidungen nach Chantal Mouffe auch dadurch, dass die zunächst unterlegene Seite die Entscheidungen immer wieder anfechten kann. Nur wer selbst Teil der hegemonialen Intervention sein kann, wird auch die gegenhegemoniale Intervention akzeptieren, so Mouffe. In einem solchen Ansatz sieht sie auch eine Lösung für die von ihr beobachtete Politikverdrossenheit in liberal-demokratischen Gesellschaften. In einer guten Demokratie erkennt sich eine Gesellschaft demnach trotz aller notwendigen Konflikte gegenseitig als Gegner an, deren Grundwerte von Gleichheit und Freiheit es auch im Streit zu respektieren gilt, und nicht als Feinde, die es zu vernichten gilt, um die eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Die Achtung dieser Werte ist ein weiteres Merkmal guter Demokratien bzw. einer guten Gesellschaft.

Die für das Konfliktmodell notwendige Spaltung der Gesellschaft liegt für Mouffe in der Vielfalt der Positionen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger begründet. Eine gute Demokratie sollte daher ausreichende Repräsentationsmöglichkeiten für alle Menschen in einer pluralen Gesellschaft bieten. Nur so können alle politischen Projekte hegemonial intervenieren und ihre Interessen durchsetzen. Wären diese Repräsentationsvoraussetzungen nicht gegeben – sei es auf parlamentarischer oder außerparlamentarischer Ebene – könnten politische Entscheidungen niemals legitimiert werden. Neben der institutionellen Ausgestaltung als Voraussetzung verfolgt Mouffe in ihrem Modell auch einen partizipativen Ansatz. Dieser könnte nur umgesetzt werden, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger vertreten fühlen und eine echte Wahl haben.

2. IST UNGLEICHHEIT ALS EIN GEWICHTIGES PROBLEM UND DEFIZIT DER DEMOKRATIE ZU WERTEN?

„Ungleichheit und Demokratie: Chantal Mouffes Agonistischer Ansatz“

Es kommt darauf an, wie man Ungleichheit definiert. Wie bereits erwähnt, sind die Werte Freiheit und Gleichheit für das agonistische Modell von Chantal Mouffe unumstößlich und gelten als Voraussetzung für gelingende Demokratien. Gleichheit bedeutet hier, dass alle Bürger*innen als *gleichwertig* angesehen werden, was bedeutet, dass sie in gleichem Maße das Recht haben, für sich ein gutes Leben erkämpfen zu wollen und sich in gleichem Maße am politischen Prozess und an Entscheidungen beteiligen können und sollen. Dass nicht alle Menschen gleich sind oder gleich denken, ist eine Selbstverständlichkeit, die jeden Tag beobachtet werden kann und an sich auch nicht problematisch ist. Gerade die Verschiedenheit der Menschen macht den Kern pluralistischer Gesellschaften aus. Mouffe plädiert mit ihrem Modell der Agonistik dafür, die Differenzen innerhalb eines Systems nicht länger in den Hintergrund zu rücken, sondern stattdessen stärker zu betonen und die daraus resultierenden Konflikte auszutragen. Um einen wirklichen politischen Kampf austragen zu können, muss genau diese Ungleichheit in Bezug auf Interessen, Meinungen und politische Positionen gefördert werden – die Ungleichheit an sich ist also nicht nur kein Problem, sondern eine unabdingbare Voraussetzung für alles Politische.

Problematisch ist, dass in vielen westlichen Demokratien gerade dieser politische Kampf durch bestehende Ungleichheitssysteme und verfestigte Hegemonien behindert wird und in einigen Fragen zum Stillstand kommt. Ungleichheit wird dann zu einem Defizit der Demokratie, wenn es in ihr keine Anknüpfungspunkte für alle unterschiedlichen politischen Positionen gibt. Ein System, in dem eine bestimmte Position durch ihre Hegemonie in einem Diskurs den alleinigen Anspruch auf Wahrheit erhebt, kann nach Mouffe nicht als vollständig

demokratisch gelten. Hegemonie bestimmter Positionen und Ungleichheit im politischen System hängen nach Mouffe insofern zusammen, als die Hegemonie einer Position dazu führt, dass gegensätzlichen Positionen die Möglichkeit genommen wird, sich in den politischen Diskurs einzubringen und sich gegen die vormalige hegemoniale Position durchzusetzen. Ungleichheit innerhalb eines demokratischen Systems kann nur dann zu produktivem politischen Fortschritt führen, wenn z. B. diejenigen, die strengere Umwelt- und Arbeitsschutzregeln im internationalen Handel fordern, ebenso vertreten sind wie diejenigen, die sich für weitere Freihandelszonen und die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland aussprechen.

Ziel pluralistischer Demokratien sollte es deshalb nicht sein, alle Menschen gleich zu machen, denn das ist unmöglich und würde letztlich den Motor der Politik zum Stillstand bringen. Ziel sollte vielmehr sein, dass Menschen nicht länger aufgrund ihrer Ungleichheit benachteiligt oder an der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe gehindert werden, etwa durch mangelnde Repräsentation. Ohne angemessene Repräsentation ist echte Demokratie unter den Bedingungen von Ungleichheit laut Chantal Mouffe nicht möglich. Ihr partizipativer Ansatz sieht die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht, sich in bestehenden politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen einzubringen und neue aufzubauen, Gewerkschaften beizutreten und Vereine zu gründen, um diese Ungleichheitssysteme aufzubrechen und gleichgesinnten Menschen, die aktuell zu wenig Repräsentation erfahren, wieder Mitbestimmung zu ermöglichen.

3. SIND QUOTIERUNGEN SINNVOLL, UM GLEICHHEITSDEFIZITE AUSZUGLEICHEN?

„Das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Liberalismus am Beispiel von Quoten“

Chantal Mouffe beschäftigt sich zwar nicht direkt mit dem Thema Quoten, an diesem Beispiel lassen sich jedoch einige interessante Spannungen in ihren Theorien erkennen. In ihrem Modell der Agonistik versucht Mouffe, ein Paradoxon aufzulösen, das sie in liberal-demokratischen Systemen sieht. Sie betont, dass sowohl die liberale Tradition mit ihrer Betonung von Individualismus und subjektiven Freiheiten als auch die demokratische Tradition mit ihrem Streben nach Gleichheit und Volkssouveränität für das Funktionieren solcher Systeme entscheidend sind. Diese beiden Traditionen lassen sich jedoch nie vollständig miteinander in Einklang bringen. In westlichen Demokratien überwiegt laut Mouffes Kritik häufig der Wettbewerb zugunsten der liberalen Seite, was zu unzureichender Repräsentation und wachsender Ungleichheit führen kann.

Als radikale Demokratietheoretikerin sieht sie die politische Arena als Ort des Konflikts und der Aushandlung von Interessen. Konkrete Vorgaben für die Ausgestaltung liberal-demokratischer Systeme finden sich in ihren Schriften allerdings kaum. Demokratische Institutionen sind für sie einerseits Grundlage eines agonistischen Systems, andererseits aber auch Gegenstand der Kritik und Ausgangspunkt für Forderungen nach Veränderung. Bezogen auf die unzureichende Repräsentation bestimmter Gruppen durch das Unterliegen der demokratischen Tradition könnte man argumentieren, dass die Position von Chantal Mouffe durchaus mit der Einführung von Quoten innerhalb dieser Institutionen vereinbar ist.

Die Einführung von Quoten könnte dazu beitragen, die hegemoniale Dominanz bestimmter Gruppen und bestehende Ungleichheitssysteme in diesen Institutionen aufzubrechen. Eine stärkere politische Präsenz und Repräsentation unterrepräsentierter Gruppen könnte zu einer vielfältigeren und inklusiveren politischen Entscheidungsfindung beitragen. In Deutschland hat etwa ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, unter den Bundestagsabgeordneten sind es 2021 etwa 11%, in den Landtagen durchschnittlich etwa 7%. Frauen sind im Bundestag nach wie vor unterrepräsentiert, Juristinnen und Juristen hingegen überrepräsentiert. Gerade im Zuge der Klimakrise wird zudem immer stärker deutlich, dass junge Menschen als Leidtragende der Entwicklungen in den Parlamenten massiv unterrepräsentiert sind. Ein System wie das der Agonistik, das Repräsentation und echten politischen Konflikt anstrebt, kann mit diesen Zahlen nicht zufrieden sein.

Quoten sind aus Sicht radikaler Demokratietheorien sicher nicht *das* Mittel, um das Problem fehlender Repräsentation zu lösen, können aber als *ein* möglicher Ansatz gesehen werden. Schließlich konzentriert sich Mouffes Arbeit gerade nicht ausschließlich auf Staat und Parlamente, sondern nimmt darüber hinaus auch nicht-staatliche Akteure und zivilgesellschaftliche Gruppen in die Verantwortung und betont deren Rolle im Kampf um die Diskurshoheit. Der Kampf um Repräsentation kann demnach nicht allein über Quoten im institutionellen Rahmen oder z. B. in Unternehmensvorständen ausgetragen werden. Mouffe fordert anstelle einzelner Forderungen nach etwa Quotierungen vor allem Allianzen marginalisierter Gruppen. Ihr Begriff der Äquivalenzkette – also des Zusammenschlusses marginalisierter Gruppen und Personen mit dem Ziel der Emanzipation und der Durchsetzung ihrer Forderungen – entspricht zu großen Teilen dem heute verwendeten Begriff der Intersektionalität.

Wichtig ist jedoch, dass Mouffe das demokratische Paradoxon zwischen Liberalismus und Demokratie nicht vollständig zugunsten der demokratischen Tradition auflösen will. Innerhalb ihrer prozessorientierten Theorie gibt es durchaus Raum für liberale Stimmen, die aufgrund von Freiheitsbedenken gegen die Einführung von Quoten argumentieren. Wie immer sind diese Streitfragen für Mouffe nicht abschließend geklärt, sondern Teil des agonistischen Aushandlungsprozesses. Es geht darum, einen Raum für konfliktreiche Diskussionen zu schaffen, um eine lebendige und dynamische Demokratie zu fördern.

4. WAS SIND ZENTRALE GRÜNDE FÜR UNGEICHHEIT IN (WESTLICHEN DEMOKRATIEN?)

„Ungleichheit in westlichen Demokratien: Mouffes Kritik am Konsens der Mitte“

Als einen zentralen Grund für Ungleichheit in westlichen Demokratien nennt Chantal Mouffe die scheinbar alternativlose Dominanz eines ökonomischen Modells als Konsens der Politik. Die gegenwärtige Form der neoliberalen Globalisierung werde nur selten in Frage gestellt und von vielen Menschen als unbedingte Form moderner politischer Systeme angesehen. Die Agonistik lehnt nicht die zeitweilige Hegemonie eines Wirtschaftsmodells an sich ab, sondern die Tatsache, dass den Menschen vermittelt wird: „Das ist das einzige mögliche Wirtschaftsmodell“. Vielmehr handelt es sich laut Mouffe um *eine* Form der Hegemonie im Wirtschaftssystem, neben der viele andere möglich sind. Wer soll nun die Menschen vertreten, die dieses Modell zumindest in Frage gestellt sehen wollen? All jene, die entweder nicht von diesem System profitieren oder sich inhaltlich dagegen positionieren, sind aus Sicht der Agonistik und Chantal Mouffe deutlich schlechter repräsentiert und finden derzeit wenig Identifikationsmöglichkeiten mit Teilen des politischen Spektrums. Auch sie

brauchen eine Form der politischen Identifikation, die sich zum einen durch Anknüpfungspunkte in einer pluralisierten Parteienlandschaft abseits des neoliberalen Konsenses finden lässt. Besonderes Augenmerk legt Mouffe darüber hinaus auch auf die Notwendigkeit eines verstärkten Engagements und der Organisation in gegenhegemonialen außerparteilichen Gruppen und Bewegungen. Nur wenn diejenigen Stimmen erstarken, die die aktuelle Hegemonie und den Status Quo in Frage stellen, kann laut Mouffe der Konsens in der Mitte zugunsten echten politischen Fortschritts und einer Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten aufgebrochen werden.

Ein generelles Problem, das von radikalen Demokratietheorien als Wurzel der heutigen Ungleichheitssysteme angesehen wird, ist also der Mangel an echten Alternativen und die Orientierung am Konsens. In vielen Bereichen haben sich die politischen Parteien so weit angenähert, dass Konflikte über Themen, die in einer pluralisierten Gesellschaft kontrovers diskutiert werden sollten, ausbleiben. Dies führt zum einen dazu, dass der Konflikt als entscheidendes Element des politischen Fortschritts fehlt, und zum anderen zu einem Mangel an Identifikationsmöglichkeiten für diejenigen, die sich von den vermeintlichen Konsensen nicht vertreten fühlen. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien Anfang der 2000er Jahre zu nennen. Laut Mouffe hat unter anderem die SPD unter Gerhard Schröder ihre sozialdemokratische Opposition zugunsten einer neoliberalen Ausrichtung aufgegeben und damit dem deutschen Parteiensystem weitere programmatische Anknüpfungspunkte entzogen. Eine ähnliche Entwicklung sieht sie beispielsweise im Vereinigten Königreich und der Labour-Regierung unter Tony Blair seit den späten 1990er Jahren. Auch die Regierungsarbeit in Form von großen Koalitionen in Deutschland trug laut Mouffe zur Schwächung der politischen Streitkultur bei. Der Konsens in der Mitte mache die daraus resultierende Politik und den politischen Diskurs letztendlich zahnlos, Mouffe verwendet hier den Begriff „post-politisch“.

Diese Frustration bleibt natürlich nicht ungenutzt, und vielerorts ist zu beobachten, wie Demagogen daraus Kapital schlagen und scheinbare Alternativen anbieten, die mit den Überzeugungen von Freiheit und Gleichheit unvereinbar sind. Die deutsche Parteienlandschaft zeigt es: Die rechtspopulistische und rechtsextreme "Alternative für Deutschland" präsentiert sich bewusst als einzige Alternative zu vermeintlichen Eliten und politischem Establishment und suggeriert, dass nur mit ihrer Wahl wieder Bewegung in die Politik kommt – eine Entwicklung, die nicht nur in Deutschland zu beobachten ist. Das Wissen darum, dass die Realität auch anders aussehen könnte, darf laut Mouffe nicht denen überlassen werden, die diese Hoffnung nur als Beigabe zu einer illiberalen und menschenfeindlichen Politik präsentieren.

5. WIE SOLLTEN WIR MIT AMBIGUITÄT UND AMBIVALENZ IM BEREICH DES POLITISCHEN BZW. DER GESELLSCHAFT UMGEHEN?

„Ambiguität und Ambivalenz in Chantal Mouffes politischer Theorie“

Ambiguität und Ambivalenz sind zentrale Begriffe in der politischen Theorie von Chantal Mouffe. Ambiguität bezieht sich auf die Mehrdeutigkeit politischer Situationen und Ideen. Mouffe argumentiert, dass politische Konflikte nicht vollständig gelöst werden können, da es zu allen Themen immer unterschiedliche Ansichten und Interessen geben wird. Dies führt zu Ambiguität, die nicht vermieden werden kann, sondern als natürlicher Bestandteil politischer Auseinandersetzungen akzeptiert werden sollte. Obwohl Mouffe eine linke Theoretikerin ist, unterscheidet sich ihre Theorie vom klassischen Marxismus vor allem durch ihren Anti-Essentialismus. So kann die Agonistik nicht als Entfaltung einer Geschichtslogik gesehen werden, sondern betont das Prozesshafte und

Kämpferische und damit notwendigerweise auch das Uneindeutige und Ambiguitäten.

Ambivalenz hingegen bezieht sich auf die Spannungen innerhalb politischer Positionen. Mouffe betont, dass politische Identitäten nicht homogen oder durch nur ein oder wenige Merkmale sind, sondern verschiedene Strömungen umfassen. Diese Ambivalenz ist produktiv, denn sie öffnet den Raum für Dialog und Verhandlung. In Mouffes Ansatz wird Ambivalenz nicht als Mangel gesehen, sondern als Möglichkeit, politische Vielfalt und Pluralität anzuerkennen und wertzuschätzen. Durch die Anerkennung von Ambivalenz können politische Debatten und demokratische Prozesse gestärkt werden, um eine Gesellschaft zu schaffen, in der Meinungsvielfalt und demokratische Partizipation gefördert werden.

Strebt man ein agonistisches und konfliktorientiertes System nach Mouffe an, müssen Subjekte einerseits für ihre jeweilige Interpretation der Wirklichkeit und die damit verbundenen Überzeugungen einstehen, gleichzeitig aber auch das Recht der anderen Seite anerkennen, dies ebenfalls zu tun. Im Konflikt um mehrdeutige Sachverhalte, in dem jede Position für sich beansprucht, den besseren Weg zu gehen, ist eine Spaltung des Volkes laut Mouffe unvermeidlich. Diese darf nicht zu einem ungezähmten Antagonismus führen, in dem versucht wird, den anderen auf die eine oder andere Weise zu vernichten. Genau das ist die zugegebenermaßen anspruchsvolle Aufgabe im Modell der Agonistik. Auftretende Ambivalenzen müssen ausgehalten werden und dürfen nicht zum ungezähmten und kriegerischen Konflikt führen. Sie sollen bestenfalls Gegnerschaft, aber keine Feindschaft erzeugen. Wenn jemand z. B. für die Nutzung sauberer Atomenergie plädiert, heißt das nicht, dass er eine Atomkraftgegnerin nicht als legitime politische Gegnerin betrachten kann. Vielmehr muss er sich im freiheitlich-demokratischen Raum durch Wahlentscheidungen und aktives Handeln in anderen politischen und

gesellschaftlichen Gruppen mit anderen Ideen auseinandersetzen. Nur wenn also die Ambiguitäten des Politischen ausgehalten bzw. bearbeitet werden, ist es möglich, im gemeinsamen Raum wirklich konflikthaft zu diskutieren und zu legitimen Entscheidungen zu kommen.

Der Begriff der Hegemonie wurde bereits erwähnt, auch gibt es Ambivalenzen bzw. ambivalente Zustände, diese sollten als Chance gesehen werden. Denn eine temporäre Hegemonie bedeutet auch immer, dass es sozusagen eine Gewinner- und eine Verliererseite gibt, dass sich bestimmte Ideen und Projekte nicht durchsetzen konnten und unterdrückt werden. Die politische Realität ist also immer ambivalent, weil die Verliererseite nicht einfach verschwindet und es immer auch anders sein könnte. Die Erkenntnis, dass politische Realität immer ambivalent ist, kann daher auch ein Ansporn für diejenigen sein, die sich mit dem aktuell vorherrschenden Status quo nicht identifizieren können und die Notwendigkeit für Veränderungen sehen. Am Beispiel der Entwicklung der Debatte rund um Atomenergie lässt sich deutlich zeigen, wie sehr sich der Status quo durch hegemoniale Interventionen seit den 1970er Jahren verändert hat. Seit ihrer Erfindung hat sich die Debatte um die Atomenergie von anfänglicher Begeisterung und Hoffnung auf eine saubere Energiequelle zu einer kontroversen Auseinandersetzung über Sicherheitsbedenken, Entsorgung radioaktiver Abfälle und die Frage nuklearer Vernichtungswaffen entwickelt. Das teilweise Wiedererstarken der Atomkraftbefürworter im Zuge der Klimakrise unterstreicht diese Kontingenz.

6. GIBT ES WAHRHEIT? WIE UND AUF WELCHER GRUNDLAGE KANN ICH ZWISCHEN RICHTIG UND FALSCH UNTERScheiden?

„Chantal Mouffe: Die subjektive Wahrheit im politischen Kontext“

Für Chantal Mouffe gibt es zunächst subjektive Wahrheiten und Urteile, die durch soziale und politische Prozesse geformt werden. Ihr Wahrheitsbegriff spiegelt ihre Betonung von Pluralismus, Kontingenz – also der möglichen Veränderbarkeit – und Konflikt in der politischen Arena wider. Argumentiert man mit Mouffe, so geht man davon aus, dass die Wahrnehmung von Wahrheit in der Politik nicht unabhängig von sozialen und politischen Bedingungen existiert. Wahrheit wird durch bestehende Ungleichheits- und Machtverhältnisse, politische Auseinandersetzung und soziale Normen geformt und kann in verschiedenen sozialen Kontexten variieren. Die Konstruktion von Wahrheit ist also nicht statisch, sondern dynamisch und kontingent und muss von den Subjekten ausgedacht werden.

Ein wesentlicher Aspekt von Mouffes Ansatz ist die Idee des Pluralismus. In pluralistischen Gesellschaften gibt es unterschiedliche Meinungen, Perspektiven und Interessen. Jeder Mensch hat seine eigene Wahrheit, die von seinen Erfahrungen und seiner Identität geprägt ist. In Mouffes Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaft kann es keine absolute Wahrheit, geschweige denn eine Wahrheit bezogen auf eine politische Streitfrage geben, die alle Perspektiven umfasst. Gäbe es diese, so wäre der Pluralismus als solches nicht mehr denkbar.

Mouffe betont zudem den Einfluss von Macht auf die Konstruktion von Wahrheit. In einer Gesellschaft, in der bestimmte Gruppen oder Akteure über privilegierte Machtpositionen verfügen, die immer weniger hinterfragt werden, können deren Interessen und Sichtweisen dominant werden und damit die Wahrnehmung von Wahrheit und von dem, was richtig und falsch ist, prägen. Ihre Wahrnehmung

wird zur Hegemonie im Diskurs, was ein Anfechten der entsprechenden Ansichten und Wahrnehmungen von Wahrheit mit der Zeit immer schwerer macht.

Um zu verhindern, dass in Feldern, in denen Uneindeutigkeit und Ambivalenz herrscht, bestimmte Ansichten mit der Zeit zur „absoluten Wahrheit“ werden, ist politischer Konflikt notwendig. Mouffe argumentiert, dass politischer Widerspruch und Konflikt notwendig sind, um die Demokratie am Leben zu erhalten und eben diese Hegemonien konstant anzufechten. In einem demokratischen System ringen verschiedene politische Gruppen um die Durchsetzung ihrer ganz eigenen Wahrheiten und Interessen. Der politische Raum ist daher ein Ort der Konfrontation und des Aushandelns unterschiedlicher Standpunkte. Mouffes Theorie impliziert, dass Wahrheit nicht einfach eine Frage objektiver Erkenntnis ist, sondern auch das Ergebnis von Diskursen und Machtausübung. Wie gesellschaftliche Wahrheit konstruiert wird, hängt von den Interessen und Strategien entsprechender Akteure ab, die versuchen, ihre eigenen Wahrheiten durchzusetzen.

Auf der subjektiven Ebene ist es aber durchaus möglich, ein eigenes „Richtig“ und „Falsch“ zu definieren und damit zu einem subjektiven Wahrheitsverständnis zu gelangen. Mouffe betont gerade diese affektiven und leidenschaftlichen Aspekte des politischen Selbstverständnisses und Diskurses und grenzt sich damit bewusst z. B. von deliberativen Ansätzen ab. Ein Verfahren, das darauf abzielt, möglichst viele Interessen und Ansichten zu konsolidieren lehnt sie grundlegend ab. Der Gehalt an subjektiver Wahrheit und genuin Politischem in den so durchgesetzten Projekten und Ideen wäre entsprechend gering. Ihr Modell des agonistischen Konflikts kann nur dann die notwendige Dynamik entfalten, wenn Subjekte in der Lage und willens sind, leidenschaftlich und kämpferisch für ihre subjektiven Vorstellungen einzutreten.

7. WAS PRÄGT UNSERE SICHT AUF DIE WELT BZW. WAS PRÄGT UNSEREN URTEILSSTANDORT VOR ALLEM? UND WAS GILT ES DAHER IM SINNE EINES MÖGLICHST FREIEN DENKENS UND URTEILENS KRITISCH IN DEN BLICK ZU NEHMEN?

„Urteile, Identität und Hegemonien: Chantal Mouffes

Betrachtung der radikalen Negativität“

Laut Chantal Mouffe ist der eigene Standpunkt und der damit verbundene Blick auf die Welt vor allem von dem geprägt, was in radikalen Demokratietheorien als radikale Negativität bezeichnet wird. Damit ist gemeint, dass man nie über einen inhärenten oder angeborenen Standpunkt verfügen kann, sondern dass sich dieser erst in Abgrenzung zu anderen Standpunkten herausbildet. Politische Identität entsteht also nur durch Abgrenzung nach außen, dasselbe gilt für Kollektive und Gruppen und eben auch für politische Urteile. Es geht also auch darum, sagen zu können: „Das wollen wir nicht!“, um Position beziehen und entsprechend (gegen-)handeln zu können. Menschen werden nicht von dem geprägt, was sie sind, sondern von dem, was sie umgibt und was sie nicht sind bzw. nicht sein wollen. Um zu dieser fundierten Abgrenzung und Verortung zu gelangen, empfiehlt es sich, aktiv am politischen Diskurs teilzunehmen. Wer weiß, was ihn oder sie umgibt, weiß auch, wo Abgrenzung notwendig ist und wo Gemeinsamkeiten bestehen.

Geprägt wird man darüber hinaus von dem, was gerade als Status quo des gesellschaftlichen Zusammenlebens gilt. Obwohl in agonistischen Systemen alles strittig sein kann und sogar sollte, gibt es zu jeder Zeit Aspekte und Praktiken, die als „normal“ oder „natürlich“ angesehen werden. Mouffe spricht hier davon, dass sich gewisse Ideen und Praktiken „sedimentiert“ haben. Dies können z. B. gesellschaftliche Normen und Institutionen sein, aber auch politische Inhalte und Ziele. Auch diese sedimentierten Praktiken sind das Ergebnis politischen Handelns und agonistischer Auseinandersetzung, werden aber im Laufe der Zeit

verfestigt und weniger hinterfragt. Sie können sich auf die Art und Weise beziehen, wie in einem System gewirtschaftet wird, wie politische Partizipation stattfindet, aber auch darauf, welche Gruppen besonders mächtig sind und welche Gruppen und Strömungen vom politischen Handeln ausgeschlossen sind oder nicht profitieren. Auch heute wird oft vergessen, dass beispielsweise das Frauenwahlrecht hart erkämpft wurde und in Teilen Europas erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts Frauen an Wahlen teilnehmen durften. Zuvor war es gängige Praxis, sie vom politischen Prozess größtenteils auszuschließen. Genau so könnten andere Ideen und Praktiken in unserer Lebenswelt heute verfestigt scheinen, in Wahrheit jedoch streitbar und veränderbar sein – schließlich wird nicht umsonst seit Jahren auch in Deutschland über eine Absenkung des Wahlalters diskutiert.

Wenn man ein möglichst freies Handeln und Urteilen anstrebt, ist es wichtig, sich dieser beiden Aspekte – also der Abgrenzung nach außen und dem Bewusstsein über den aktuellen Status Quo – bewusst zu werden und sie möglichst kritisch zu hinterfragen. Man kann sich also fragen, wie man zu seinem Standpunkt kommt, welche Alternativen es gibt und inwieweit man sich von diesen Alternativen abgrenzen kann und will. Dazu sollte man sich bewusst machen, in welchem System man lebt und politisch aktiv ist. Welche hegemonialen Strukturen und Ungleichheitssysteme sind zu beobachten bzw. werden als solche nicht mehr benannt? Wie profitiert man eventuell von diesen Strukturen oder wird benachteiligt und inwiefern beeinflussen diese Strukturen das eigene Denken und Handeln? Im agonistischen Modell ist kein politischer oder gesellschaftlicher Zustand „normal“ oder „natürlich“, wenn etwas als solches dargestellt wird, muss man aus Sicher der Agonistik und Chantal Mouffe wachsam sein.

**8. IN REFERENZ AUF DIE ARBEITEN UND DAS DENKEN VON MOUFFE:
WELCHE IMPULSE/RATSCHLÄGE LASSEN SICH IN BEZUG AUF POLITISCHE
URTEILSBILDUNG ODER EIN „GUTES POLITISCHES URTEIL“
NENNEN/ABLEITEN? (WAS SOLLTE IM POLITISCHEN URTEIL
BERÜCKSICHTIGT WERDEN? WAS WÄRE NICHT GUT? WAS MACHT EIN
GUTES POLITISCHES URTEIL AUS?...)**

**„Radikale Demokratie und politische Urteilsbildung: Kampf
der Ideen und partizipative Handlungsoptionen“**

Im Sinne der radikalen Demokratie ist ein politisches Urteil dann gut, wenn es politisch ist. Das heißt konkret, wenn nach Abwägung der vorliegenden Fakten und Tatsachen ein Standpunkt eingenommen wird – und zwar in relationaler Abgrenzung zu anderen. Diese Differenz ist ein zentrales Element der Agonistik, weshalb in einem politischen Urteil neben der Verortung des eigenen Standpunktes auch deutlich werden sollte, wovon man sich abzugrenzen versucht. In einem politischen Urteil muss es also nicht nur heißen „Das denke ich oder das will ich“, sondern auch „Das will ich nicht“. Ziel dieses Urteilsfindung sollte nicht sein, anschließend eine Konsolidierung der verschiedenen Punkte zu erreichen, sondern sein eigenes Urteil im Kampf gegen andere durchsetzen zu wollen. Der daraus resultierende Kampf konkurrierender Ideen ist für Mouffe „das Politische“.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, den Chantal Mouffe immer wieder betont, ist die affektive Bindung an politische Positionen und Überzeugungen. Ein politisches Urteil kann also durchaus leidenschaftlich und mit Nachdruck gefällt und vorgetragen werden. Dies bedeutet nicht, dass politische Urteilsbildung irrational oder rein emotional sein soll. Eine Prämissse des Agonismus ist jedoch die Annahme, dass die meisten politischen Streitfragen Ambiguitäten enthalten, die sich nicht logisch oder diskursiv auflösen lassen. Gerade deshalb sind die Überzeugungen der Subjekte so wichtig und dürfen nicht ignoriert werden.

Daran anknüpfend geht Chantal Mouffe auch davon aus, dass es nicht das Ziel politischen Handelns sein darf, politische Streitfragen und Konflikte in Form eines Konsenses zu lösen. Diese Annahme sollte sich auch in einem politischen Urteil im agonistischen Sinne widerspiegeln. Ein gutes politisches Urteil ist demnach gerade nicht ein Urteil, das möglichst viele unterschiedliche Positionen miteinander konsolidieren kann oder gar den Status quo argumentativ zu erhalten und zu rechtfertigen versucht, sondern ein Urteil, das nach Abwägung und Anerkennung der verfügbaren Informationen eine bestimmte Position vertreten kann, ohne in Frage zu stellen, dass entgegengesetzte Positionen genau so legitim vertreten werden dürfen. So wäre es für Mouffe durchaus legitim, im politischen Diskurs vehement und mit allen zur Verfügung stehenden Mittel für die deutliche Erhöhung des Mindestlohns zu argumentieren und zu kämpfen. Nicht legitim wäre es, Parteien und Menschen, die sich gegen eine Erhöhung positionieren, das Recht zur Teilhabe am politischen Diskurs generell abzusprechen.

Radikale Demokratietheorien sind zudem sehr partizipativ und fordern ein hohes Maß an politischer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Ein gutes politisches Urteil sollte, um dem Konzept einer agonistischen Demokratie gerecht zu werden, im besten Fall auch konkrete Handlungsspielräume aufzeigen. Dazu könnte beispielsweise gehören, wie man sich auf der Basis des eigenen Urteils politisch vernetzen kann, um die eigene Position umzusetzen, z. B. mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, NGOs, aber auch innerhalb politischer Institutionen und Parteien. In den letzten Jahren widmet sich Mouffe zunehmend den aktuellen Herausforderungen der Klimakrise. Hier wäre ein politisches Urteil (z. B. „Wir brauchen einen ökologischen Umbau der Wirtschaft“) bestenfalls mit entsprechenden Handlungsoptionen verbunden. Diese können zum einen auf der persönlichen Ebene liegen und entsprechende Veränderungen des eigenen Handelns beinhalten, etwa bezogen auf Konsumententscheidungen. Wichtiger ist für Mouffe jedoch die Übersetzung des Urteils in diskursive und partizipative

Elemente. Das Urteil muss also über möglichst effektive Kanäle kommuniziert werden, sei es durch die Teilnahme an Demonstrationen, durch die Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden oder durch die Gründung von Vereinen zur Durchsetzung des politischen Urteils.

LITERATUR

Laclau, Ernesto & Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und Radikale Demokratie.

Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen Verlag.

Mouffe, Chantal (2015): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion,

Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2015): Agonistik, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Mouffe, Chantal (2019): Für einen linken Populismus, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Oppelt, Martin (2014): Thinking the World Politically: an interview with Chantal Mouffe, in: ZPT_h Zeitschrift für Politische Theorie, Vol. 5(2), S. 263-277.